

Niederschrift

über die 13. Sitzung des Sozialausschusses am 23.11.2016
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Bestellung eines/einer Schriftführers/Schriftführerin und eines/einer Stellvertreterin	5
3 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB2/0152/2016	5
4 Haushalt 2017	5
5 Anträge	8
6 Anfragen	8
7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	8
8 Termin der nächsten Sitzung 08.02.2017	9
9 Verschiedenes	9
10 Berufung eines stellvertretenden Mitglieds im Seniorenbeirat Vorlage: FB2/0030/2016	9

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenkliès Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Hermanns

Frau Nicole Joliet-Heising Sachkundige Bürgerin

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied Vertretung für Frau Niegeloh

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Frau Katja Schulz Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker Ratsmitglied Vertretung für Herrn Hünseler

Beratende Mitglieder

Herr Albert Güllmann Seniorenbeirat

Herr Wilfried Pahlke Wohlfahrtsverbände

Herr Christian Städter Sachkundiger Bürger

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Michaela Kümmel Fachbereich 2

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Helga Hermanns

Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Heidemarie Niegeloh

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Joris Mocka

Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Gerd Dieter Hünseler

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Lothar Chaillié

Behindertenbeauftragter

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzender Focken die Anwesenden sowie die Gäste und stellt die form- und fristgerechte Einladung des Ausschusses fest. Anträge zur Tagesordnung gibt es zu diesem Zeitpunkt nicht.

Anschließend wird Herr Christian Städter durch Ausschussvorsitzenden Focken in sein Amt eingeführt und durch Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben als sachkundiger Bürger beziehungsweise beratendes Mitglied des Sozialausschusses verpflichtet.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde stellt Frau Kremer die Frage, ob es sich bei den Bauvorhaben Rottstraße und Moerser Straße um Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge oder sozialen Wohnungsbau handele. Hierzu wird vom Ersten Beigeordneten Maatz ausgeführt, dass für die ersten 10 Jahre eine vorrangige Nutzung durch Flüchtlinge vorgesehen sei, es sich aber grundsätzlich um sozialen Wohnungsbau handele.

Des Weiteren erfragt Frau Kremer, was der Abwanderungsgrund der in "den Ausführungen zum Sachstand Zuwanderung" genannten 13 Personen sei. In Beantwortung der Frage wird ihr erklärt, dass es sich um Flüchtlinge handele, die Freizügigkeit genossen und aus Meerbusch verzogen seien. Außerdem erkundigt sich Frau Kremer, wie viele anerkannte Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften untergebracht seien. Hierzu konnten seitens der Verwaltung ad hoc keine konkreten Zahlen benannt werden.

Ihre Frage, ob an der Kierster Straße auch anerkannte Flüchtlinge untergebracht werden sollen, wird dahingehend beantwortet, dass in allen Gemeinschaftsunterkünften zunächst Asylbewerber wohnen, deren Status sich dann aber mit dem Verfahren ändere.

Abschließend stellt sie die Frage nach der Aufnahmequote für November und Dezember 2016 und wie viele anerkannte Flüchtlinge zu erwarten seien. Erster Beigeordneter Maatz macht deutlich, dass hierzu keinerlei Vorausschau möglich sei, insbesondere, da ab 01.12.2016 die Wohnsitzauflage in Kraft trete. Hier würden seitens der Bezirksregierung noch die Berechnungen zu den Verteilerquoten vorgenommen. Dabei würden zwar in Absprache mit den aufnehmenden Städten und Gemeinden die zur Verfügung stehenden Kapazitäten Berücksichtigung finden, aber eine konkrete Prognose sei zum jetzigen Zeitpunkt unmöglich.

Als weitere Einwohnerin meldet sich Frau Hirner zu Wort und bittet um Stellungnahme, ob verwaltungsseitig aktuell und zukünftig ein Konzept zur gleichmäßigeren Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Ortsteile vorliege, um eine erfolgreiche Integration zu ermöglichen. Hierzu führt der Erste Beigeordnete aus, dass aktuell das Versorgungskonzept der Stadt nach bestimmten Faktoren und Bedingungen geschaffen worden sei, welches manchmal eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge unmöglich mache. Nichts desto trotz sei auf eine flächendeckend adäquate Unterbringung der Flüchtlinge Wert gelegt worden, die auch erreicht sei. Über ein zukünftiges Verteilungskonzept könne zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Angaben gemacht werden, da viele variable Faktoren in ein entsprechendes Konzept integriert werden müssten, die aktuell aber noch nicht prognostizierbar seien.

Frau Hirner fragt weiter, was mit den Flüchtlingen an der Fröbelstraße werde, wenn, nach ihren Informationen schon in 2 Jahren die Einrichtung wegen der Bebauungsplanung nicht mehr zur Verfügung stünde. Herr Maatz erklärt, dass er dies nicht nachvollziehen könne und er einen Nutzungszeitraum von ca. 5 Jahren für realistischer halte.

2 Bestellung eines/einer Schriftführers/Schriftführerin und eines/einer Stellvertreterin

Einstimmig werden zur Schriftführerin Frau Kümmel und zur stellvertretenden Schriftführerin Frau Dreyer im Sozialausschuss bestellt.

3 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB2/0152/2016

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Ratsmitglied Frau Niederdellmann-Siemes fragt nach, ob es Planungen gäbe, Flüchtlingskinder nicht in den städtischen Kindertageseinrichtungen unterzubringen. Hierzu führt Fachbereichsleiter Herr Annacker aus, dass der Verein „Meerbusch hilft“ in Absprache beim Landschaftsverband Rheinland Projektmittel beantragt habe. In diesem Projekt sollen Eltern mit ihren Kindern langsam an den Kindergartenalltag herangeführt werden. Geplant seien 2 Gruppen mit je 5 Kindern an der Unterkunft „Fröbelstraße“. Die Bewilligung der kostendeckenden Landesmittel stehe allerdings noch aus.

Herr Pfarrer Pahlke teilt dem Ausschuss mit, dass die in der Verwaltungsvorlage erwähnte zweite halbe Stelle für eine Sozialpädagogin in der Flüchtlingsberatung „Am Eisenbrand“ besetzt werden konnte. Die Fachkraft solle zum 01.12.2016 den Dienst aufnehmen und Frau Erwig werde wie vorgesehen zum 01.01.2017 beginnen.

Ratsmitglied Frau Niederdellmann-Siemes erfragt weiterhin, wieso die Koordinationsstelle für die Ehrenamtler nur zur Hälfte besetzt sei und wann mit einer vollständigen Besetzung der Stelle zu rechnen sei. Im Rahmen der Beantwortung dieser Frage stellt Erster Beigeordneter Maatz Frau Mertens vor, die aktuell die hälftige Stelle innehat. Zur weiteren Besetzung der Stellenanteile könne er aktuell keine Auskunft erteilen. Bezüglich der weiteren Besetzung der Stelle werde Frau Niederdellmann-Siemes sich an den Hauptausschuss wenden.

Des Weiteren fragt sie nach dem Runden Tisch zum Thema Integration, der nach ihren Informationen am 30.11.2016 tagen solle. Sie begrüße eine solche Runde, erwarte allerdings, dass auch eine angemessene Beteiligung der Politik vorgesehen werde. Seitens der Verwaltung ist der Termin weder anberaumt noch bekannt. Vor der Sommerpause 2017 wird allerdings der Sozialausschuss dieses Thema aufgreifen.

Ratsherr Berthold erkundigt sich, ob der Verwaltung Probleme mit Drogen in den Flüchtlingsunterkünften bekannt seien. Herr Maatz verweist darauf, dass sich diese Problematik durch alle Schichten der Gesellschaft ziehe und die Polizei sowie die Drogenberatung gegebenenfalls tätig werden.

4 Haushalt 2017

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2017 für den Produktbereich 050, exklusive des Produktes 050 341 010 – Unterhaltsvorschuss, zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG			1
DIE LINKE/Piraten	1		
Gesamt:	16		1

Im Einzelnen werden die Produkte wie folgt besprochen:

Produkt 050.311.010: Soziale Hilfen

Keine Fragen oder Anmerkungen zu diesem Produkt.

Produkt 050.312.010: Jobcenter

In Beantwortung der FDP-Anfrage zu diesem Produkt erklärt die Verwaltung, dass es sich seitens der Kämmerei um einen Übertragungsfehler handele. Es erfolge eine Ansatzkorrektur auf „0,00 €“.

Produkt 050.313.010: Soziale Hilfen für Asylbewerber

Die Frage der FDP zu diesem Produkt wird seitens des Ersten Beigeordneten Maatz mit Verweis auf die Seite 27 des Entwurfes des Haushaltes 2017 beantwortet. Im Rahmen der internen Leistungsverrechnung würden keine Überschüsse erwirtschaftet, vielmehr sei dieses Produkt in der Gesamtheit defizitär. Fachbereichsleiter Herr Annacker weist ergänzend darauf hin, dass die Landeszuschüsse lediglich in diesem Produkt dargestellt würden, aber weitere Kosten z.B. auch im Produkt „U-Heime für Asylbewerber“ abgebildet seien.

Produkt 050.315.010: Ü-Heime für Aussiedler und Asylbewerber

Nach eingehender Diskussion des Antrages der CDU und Bündnis90/Die Grünen zur Rufbereitschaft in den Flüchtlingsunterkünften, wird auf einen Beschluss verzichtet.

Die Ausführungen der Verwaltung stellen klar, dass in jeder der kleineren Unterkünfte über ein Notfalltelefon der 24-Stundendienst der Einrichtung „Am Heidbergdamm“ erreichbar sei und von dort aus Weiteres veranlasst werden könne. Für den ständigen Einsatz stünden den städtischen Hauswarten Dienstfahrzeuge zur Verfügung, mit denen diese zu den einzelnen Unterkünften gelangen können.

Produkt 050.315.020: Einrichtungen für WohnungsloseBeschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Unterbringung der Wohnungslosen zu erstellen, unter Berücksichtigung der hierfür notwendigen Betreuung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
DIE LINKE/Piraten	1		
Gesamt:	6	11	

Ratsmitglied Frau Niederdelmann-Siemes führt zu dem Antrag aus, dass der Zustand der städtischen Wohnungen Strümpfer Straße indiskutabel für die dort untergebrachten Personen sei. Hier sähe sie dringenden Handlungsbedarf, deswegen der Auftrag zur Konzepterstellung.

In der Diskussion wird festgehalten, dass keine Mittel zur Konzepterstellung notwendig seien, da es sich ggf. um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handele.

Die CDU-Fraktion weist in verschiedenen Ausführungen zum einen darauf hin, dass zu berücksichtigen sei, dass dieses Klientel schwierig sei und zum anderen, dass ein zu erstellendes Konzept fragwürdig wäre, wenn seitens der Verwaltung kein Handlungsbedarf gesehen werde.

Erster Beigeordneter Maatz stellt klar, dass es sich bei der Einrichtung Strümpfer Straße zwar um Schlichtwohnungen handele, aber dennoch alle erforderlichen baulichen Unterhaltungsmaßnahmen für diese Gebäude vorgenommen werden würden. Gleichzeitig verweist Herr Maatz darauf, dass, aufgrund der regen Bautätigkeit im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung und der gleichzeitig schwierigen Prognose zu den Zuweisungszahlen, eine Planbarkeit aktuell schwierig sei. Mögliche Vakanzen in den Neubauten seien für das Obdach angedacht worden. Gleichzeitig wird seitens der Verwaltung darauf hingewiesen, dass im nächsten Jahr ein neuer Sozialbericht erstellt werden soll. Dort würde dann auch eine Aktualisierung des Bedarfes im sozialen Wohnungsbau erfolgen. Es sei sinnvoll, diese Erhebung abzuwarten.

Produkt 050.331.010: Förderung von anderen Trägern der WohlfahrtspflegeBeschluss:

Erhöhung des Ansatzes auf den Ansatz von 2016.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten		1	
Gesamt:	4	13	

Produkt 050.351.010: Sonstige soziale LeistungenBeschluss:

Streichung des Zuschusses SKM-Schuldnerberatung

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten		1	
Gesamt:	1	16	

Die Ratsmitglieder Frau Pricken und Herr Berthold betonen die dringende Notwendigkeit der Beibehaltung der Unterstützung der Schuldnerberatung, insbesondere da dieses Angebot kostenfrei für die Ratsuchenden sei und präventiv wirke.

5 Anträge

Ratsherr Becker beantragt, den Top 10 aus dem nicht-öffentlichen Teil der Sitzung an diesen Top vorzuziehen, da er nicht die Notwendigkeit sähe, dass die Berufung eines stellvertretenden Mitgliedes im Seniorenbeirat nicht-öffentlich erfolgen müsse.

Der Antrag auf Verlegung des TOP wird einstimmig befürwortet.

Die Protokollierung der Abstimmung zur Empfehlung der Berufung erfolgt unter TOP 10.

6 Anfragen

Keine Anfragen.

7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

In Ergänzung des Beschlussstandes zu FB2/0489/2016 teile die Verwaltung mit, dass der Träger der Wohnungsnothilfe beabsichtige, aus der vorgesehenen Vollzeitstelle zwei Teilzeitstellen zu machen. Dies könne möglicherweise zu Mehrkosten führen. Die Gespräche hierüber seien noch nicht abgeschlossen.

Im Weiteren erläutert Erster Beigeordneter Maatz, die durch den Weggang von Frau Scholten erforderlichen Umbesetzungen im Fachbereich 2. In diesem Kontext stellt er Frau Smitmans als neue stellvertretende Fachbereichsleitung vor, sowie Frau Dreyer als neue Abteilungsleitung für den Bereich „Hilfen für Flüchtlinge“ und Frau Kümmel als neue Abteilungsleitung für den Bereich „Soziales, Versicherungsangelegenheiten, Wohnprobleme“.

8 Termin der nächsten Sitzung 08.02.2017

9 Verschiedenes

Anfrage nach dem Angebot der GWH-Wohnungen für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive.

Die Verwaltung erklärt hierzu, dass der Kontakt bestehe und gegebenenfalls Angebote diesbezüglich wahrgenommen werden würden.

**10 Berufung eines stellvertretenden Mitglieds im Seniorenbeirat
Vorlage: FB2/0030/2016**

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, Frau Inge Rose als stellvertretendes Mitglied in den Seniorenbeirat zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Meerbusch, den 2. Dezember 2016

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Michaela Kümmel
Schriftführer/in